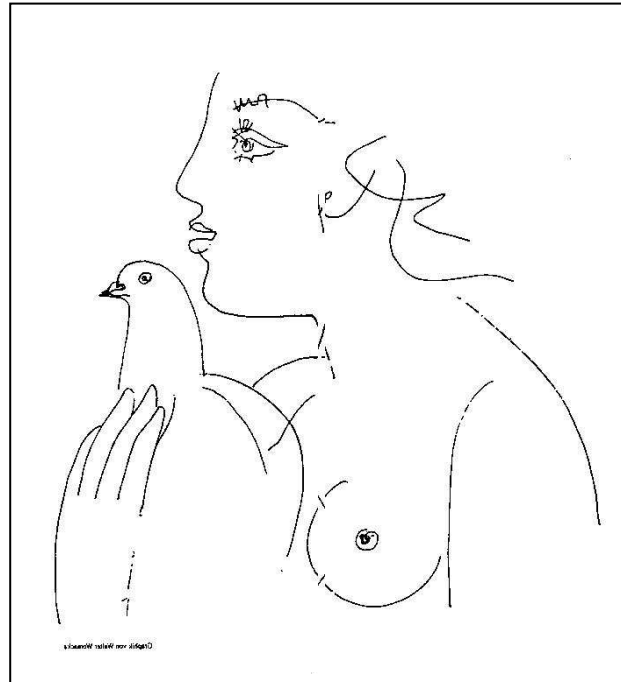


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 66



Eine neue Agenda – die Agenda 2020?

Die Krise heißt Kapitalismus

(Eine Dokumentation)

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 15. Juni 2010

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Von der Banken- zur Staatskrise

„Solide Staatsfinanzen sind Grundpfeiler christlich-liberaler Politik“. So ist ein Papier eingeleitet, das von Union und FDP für den Einstieg in das rigorose Sparprogramm der Bundesregierung gefertigt wurde.

Die politische Realität besagt: Die die globale Krise begleitende Politik der schwarz-gelben Koalition trägt Tag für Tag dazu bei, den Schuldenturm der BRD weiter zu erhöhen.

Die 1,8 Billionen-Marke wird in Kürze erreicht. 387 Millionen Euro kommen täglich hinzu. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt bisher bei 22.000 Euro. Und die Krise ist noch längst nicht vorbei. Die jährliche Zinslast, die im Jahre 2008 übrigens 67 Milliarden Euro betrug, wird 2013 auf 90 Milliarden Euro ansteigen! Die Bundesregierung rechnet bis 2013 mit einer Neuverschuldung von 500 Milliarden Euro.

In diesem Jahr sollen 100 Milliarden Kredit zur Deckung der Haushaltsdefizite aufgenommen werden, 85 Milliarden für den eigentlichen Bundesetat und 14,5 Milliarden Euro für die Schattenhaushalte zur Bankenrettung und als Konjunkturstütze. (1)
(isw-Wirtschaftsinfo 43, Bilanz 2009, Ausblick 2010, S. 27)

Die anhaltende globale Finanz- und Wirtschaftskrise beschleunigt diesen Prozess. Die Bundesregierungen unter Merkel – die Große und die schwarz-gelbe Koalition – stellten bereitwillig Milliarden an Steuermitteln für die Bankenrettung zur Verfügung. „Die aberwitzig vielen Milliarden für die diversen Rettungspakete haben die Staatsverschuldung in astronomische Höhen getrieben.“ (Der Spiegel, 21/2010)

Die Große Koalition unter Merkel hatte 2009 nach nur wenigen Tagen der Beratung mit einem 480 Milliarden Euro schweren „Rettungsschirm“ die Banken abgesichert.

1 Berliner Zeitung, 2. November 2009

80 Milliarden Euro waren als Konjunkturhilfe bereitgestellt worden.

Die Bundesregierung rettete also die Banken. Das Geld dafür musste sie sich von den Banken holen, die dafür hohe Zinsen und Provisionen einheimsen. Die Banken machen die Krise zum ertragreichen Geschäft. Als Spitzenreiter erweist sich die Deutsche Bank: Fünf Milliarden Euro Gewinn konnte sie 2009 einfahren. Ackermann allein kassierte über 9,5 Millionen Euro. Auch im ersten Quartal 2010 verzeichnete die Bank bedeutende Gewinne: 2,8 Milliarden Euro, vor Steuern. Die hohen Vorstandsbezüge verteidigt Ackermann als „angemessen und verantwortbar“. (2) Die Deutsche Bank profitierte von der Rettungsaktion der Bundesregierung für die HRE, von der mehrheitlichen Übernahme der Postbank und vom Verkauf von Schrottpapieren, um auf deren Kursverlust zu spekulieren.

Die Hedgefonds und andere Investoren verwalten inzwischen 2,6 Billionen Dollar.

Im Herbst 2009 hatte sich für die mit neuem Spielgeld aus Steuermitteln ausgestatteten Banken und für Hedgefonds ein neues gigantisches Spekulationsterrain ergeben. Die griechische Regierung zeigte sich u. a. nicht in der Lage, deutsche Lieferungen von U-Booten und anderen Rüstungsgütern zu bezahlen. Eine erwartete und von Banken beflügelte Schuldenkrise nutzten Hedgefonds sowie deutsche und US-amerikanische Banken brutal aus. Sie arbeiteten auf den Bankrott Griechenlands und anderer EU-Mitgliedsstaaten wie z.B. Spanien und Portugal hin. Die Währungskrise hatte sich zur Staatenkrise entwickelt.

Die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands erwies sich als Spekulationsobjekt erster Güte - die Zinsen für neue Staatsanleihen kletterten enorm.

Die Bundeskanzlerin blockierte zunächst erwogene Hilfsmaßnahmen Deutschlands und der EU. Sie fordert kategorisch ein

2 Junge Welt, 17. März 2010

massives Sparprogramm Athens. Deutsche Boulevardblätter führten eine nationalistische, antigriechische Kampagne. Die „faulen Griechen“ sollten endlich zur Kasse gebeten werden. Rassistische Töne klangen an. Hochtrabend nannte Frau Merkel ihre Forderungen „neue Stabilitätskultur für Europa“! Ein „Sparvorbild für Europa“ wollte sie setzen.

Außer Griechenland befanden sich auch andere EU-Mitglieder in der Schuldenfalle.

Nach monatelangen Debatten in der EU und der vor allem von deutscher Seite geübten Verzögerung eines konkreten Beschlusses über eine „Griechenlandhilfe“ wurden Anfang Mai bilaterale Kredite der Euro-Staaten von 80 Milliarden Euro und des IWF von 30 Milliarden Euro beschlossen. Tatsächlich handelte es sich nicht um eine „Griechenlandhilfe“, sondern um ein Bankenhilfspaket. Die an die griechische Regierung gegebenen Mittel wurden direkt an zumeist ausländische Banken und Konzerne weitergereicht, die schon bisher an Großaufträgen und an Zinsen für griechische Staatsanleihen verdient hatten. „Mit ihrem anfänglichen Zögern“, das heißt mit der über Wochen von Merkel betriebenen Blockade „habe sie die Spekulation angeheizt“, vermerkte „Der Spiegel“ (19/2010)

Inzwischen dämmerte es auch den Krisenmanagern, dass die EU es nicht mit einer Euro-Krise, sondern mit einer ausgesprochenen Staatenkrise zu tun hat. Am Ende wird ein Paket im Umfang von 750 Milliarden Euro geschnürt! Auf Deutschland entfallen davon Garantien bis zu 150 Milliarden Euro! Das deutsche Kapital will seine Exportmöglichkeiten erhalten. Der langjährige Exportweltmeister Deutschland hat wesentlich zu der Krisensituation beigetragen. Um die für Griechenland wie auch für Spanien, Portugal und andere EU-Mitglieder richtig einordnen zu können, muss man die Praktiken des langjährigen Exportweltmeisters Deutschland näher betrachten.

Die Praktiken des langjährigen Exportweltmeisters Deutschland.

Mit niedriger Lohnquote, Dumpinglöhnen und hoher Arbeitsintensität wurde ein ausschlaggebender Wettbewerbsvorteil erreicht. Das erklärt, warum Deutschland immer wieder einen hohen Außenhandelsbilanzüberschuss erzielen konnte. Er betrug beispielsweise 2009 über 134 Milliarden Euro. Er wurde zu 80 Prozent aus dem Handel innerhalb der EU erzielt. In den vergangenen zehn Jahren wurden von der BRD eine Billion Euro mehr Waren ausgeführt als eingeführt! Die bestehende ökonomische Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder in der EU musste sich zwangsläufig weiter verschärfen.

Die von der Bundesregierung den schwächeren EU-Mitgliedsländern regelrecht diktierten rigorosen Sparprogramme bewirken allerdings eine spürbare Drosselung der Einfuhren dieser Länder. Denn die Kaufkraft der Bürger und die Steuereinnahmen dieser Länder sinken. Die Folgen wird die deutsche Exportpolitik zu spüren bekommen.

Das größte Sparprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik. Priorität: Die Schwächsten sollen bluten

Anfang Juni – die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen waren längst vorbei und die Möglichkeiten des Aussitzens der Probleme und des Taktierens erschöpft – verkündete die schwarz-gelbe Bundesregierung das größte Sparprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik. Es stellt zugleich ihr Regierungsprogramm dar. Denn der im Oktober 2009 vereinbarte Koalitionsvertrag hatte sich längst als Makulatur erwiesen.

Was gibt die Bundesregierung als Zielsetzung vor?

Es gehe um einen „Konsolidierungskurs“, hieß es. Und: „Unser Handeln orientiert sich an klaren Prioritäten“.

Zu welchem „Handeln“ hatte sich das Kabinett vorerst entschlossen? Welche Prioritäten wurden gesetzt? Es gehe nicht um Einnahmen, wurde betont.

Im Klartext: Die Bundesregierung dachte nicht im Entferntesten daran, die Verursacher der Krise, die sie so großzügig mit Rettungspaketen versorgt hatte, nun zur Kasse zu bitten. Im Gegenteil - die FDP hatte ja als eine der ersten Amtshandlungen der neuen Koalition dafür gesorgt, dass Hoteliers, Pharmaproduzenten und reichen Erben im Dezember 2009 ein Weihnachtsgeschenk in Form einer Mehrwertsteuersenkung für Hotel-Übernachtungen beschert wurde. Allein Hoteliers streichen dadurch eine Milliarde Euro pro Jahr ein. Wobei eine Hand die andere wäscht! Hatte doch Mövenpick-Millionär Baron von Finck vorab in den vergangenen zwei Jahren fast zwei Millionen Euro als Spenden an die FDP und die CSU überwiesen. Und offenbar wollte auch die Kanzlerin ein Wahlversprechen einlösen. Hatte sie doch im Sommer 2009 versprochen, man müsse die „deutsche Wirtschaft nach der Krise gesund pflegen...“.⁽³⁾ „Jetzt fördern wir Erben, Unternehmer, Hotelbesitzer“, schrieb die Berliner Zeitung. „Vermögen werden beschleunigt wachsen, um 8,5 Milliarden Euro.“⁽⁴⁾

Also Einnahmen, Steuererhöhungen etwa von dieser Klientel, waren nicht gefragt. „Wir setzen darauf, die Ausgabenseite in Ordnung zu bringen“, hob die Bundeskanzlerin hervor. (Berliner Zeitung, 7.06.2010)

Zu den „klaren Prioritäten“ zähle, wie Kanzlerin und Vizekanzler hervorhoben, die „soziale Sicherheit effizienter zu machen“. Durch eine „Neujustierung von Sozialgesetzen“ sollen bis 2014 etwa 30 Milliarden Euro eingespart werden. BDA-Präsident Hundt hatte die Regierung unmissverständlich aufgefordert, vor allem die Arbeitslosen in den Sparkurs einzubeziehen.

³ ZDF, 23. August 2009

⁴ Berliner Zeitung, 14. Januar 2010

Wie das vor sich gehen soll weisen die Beschlüsse der Koalition aus, zu denen Vizekanzler Westerwelle mit seinen rüden, rechtspopulistischen Tiraden gegen Hartz-IV-Empfänger das „Vorwort“ geschrieben hatte:

- Das Übergangsgeld von Arbeitslosengeld I zu II wird abgeschafft.
- Der Zuschuss an die Rentenversicherung bei Arbeitslosengeld II wird abgeschafft.
- Das Elterngeld bei Bezug von Arbeitslosengeld II wird abgeschafft.
- Beim Wohngeld wird der Heizkostenzuschuss abgeschafft.
- Die Erstattungen des Bundes an die Rentenversicherung für die Aufstockung der Ostrenten werden abgeschafft.

Die Vermittlung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern soll effizienter gestaltet werden.

Die erste Rate für die Zeche, die durch die Finanzspekulationen von Banken und Hedgefonds entstanden ist, sollen die Schwächsten der Gesellschaft, sollen vor allem Erwerbslose und ihre Angehörigen begleichen.

Geplant ist auch ein Stellenabbau in Verwaltungen. In einem mit „Jetzt soll Blut fließen“ überschriebenen Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wurde zum Ausdruck gebracht, dass die mit den Rettungspaketen für die Banken „verbundene Last für das Gemeinwesen...das Vorstellungsvermögen“ übersteige. (FAZ, 19.5.2010) Westerwelle äußerte zu dem ersten Sparpaket: „Es war harte Arbeit. Aber das Ergebnis kann sich sehen lassen. (Berliner Zeitung, 8.6.2010) Zynischer geht es kaum. Bundesfinanzminister Schäuble befand: „Wir haben ein ausgewogenes Programm.“ (Berliner Zeitung, 10.6.10)

„Ausgewogene“ Maßnahmen?

Die Bundesregierung wie auch die Regierungen anderer kapitalistischer Staaten redeten 2009 monatelang über Maßnahmen

gegen die Spekulation. Der G-20-Gipfel im September 2009 sollte erste Schritte einleiten. Das Abschlussdokument der Konferenz beschränkte sich auf wenige kosmetische Maßnahmen. Die Bonuszahlungen an Manager seien künftig zu beschränken. Die Banken seien aufgerufen, mit Blick auf künftige krisenhafte Entwicklungen ihr Eigenkapital zu erhöhen und einen „Stabilitätsfonds“ einzurichten. Für 2012 wurden weitere Maßnahmen angekündigt. Doch kein „Austrocknen von Steueroasen fand statt, keine Einschränkung, kein Verbot der Hedgefonds, keine strenge Kontrolle von Rating-Agenturen. Der Berg hatte gekreist...

Im Frühjahr 2010 belebte sich mit der Verschärfung der Krise die Diskussion wieder. Von einer schärferen Kontrolle der Finanzmärkte und einer Finanztransaktionssteuer war nun die Rede. Ein Gesetz soll vorbereitet werden, das „riskante Börsenwetten“ verbieten soll. Eine Finanztransaktionssteuer, die die Bundesregierung noch im März abgelehnt hatte, wurde ins Gespräch gebracht. Bundesfinanzminister Schäuble fügte jedoch schnell hinzu: „Ich fürchte, die Amerikaner wollen keine Finanztransaktionssteuer. An ihnen wird es vermutlich scheitern.“ (FAZ, 25.05.10) „Der Spiegel“ resümiert: „Nichts wird gut, denn diese beschlossenen oder angekündigten Maßnahmen ... fallen nicht konsequent genug aus, sie bekämpfen das Übel nicht an der Wurzel (Abkopplung der Finanz- von der Realwirtschaft), sie sind bloß ein Ablenkungsmanöver. Die Bürger sollen nicht merken, welche gewaltigen Lasten auf sie zukommen.“ (Der Spiegel, 21/2010)

Die Einrichtung des sogenannten „Stabilitätsfonds“ der Banken gestaltet sich indes als kabarettreife Darbietung. „Rund eine Milliarde Euro sollen die Banken jährlich in ihren eigenen Rettungsfonds einzahlen“, gibt die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Bundesminister Schäuble wieder. Um dann hinzuzufügen: „Damit brauchte der Fonds aber 28 Jahre, bis er eine

Krise wie die aktuelle aus eigenen Mitteln bestreiten könnte.“
(FAS, 28.3.2010)

Auch die Brennelemente-Steuer zur Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke und die Bankenabgabe sind kaum der Rede wert.

Nur - die aus einer Finanztransaktionssteuer und der Brennelemente-Steuer eingeplanten Sparsummen können sich als Nullsummenspiel erweisen. Die damit möglicherweise verbundenen Ausfälle würden auf andere Art eingetrieben werden. Auf wessen Rücken lässt sich denken!

Um das ganze durchtriebene Spiel der „Krisenmanager“ zu durchschauen sei daran erinnert, dass der Chef der Deutschen Bank Ackermann immer „beratend“ der Bundesregierung zur Seite stand. Das war bei der Einrichtung des „Rettungsschirms“ für die Banken der Fall. In diesem Frühjahr war sein „Rat“ erneut gefragt. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ dazu: „Er hat an einem Tisch mit Finanzminister Wolfgang Schäuble am Griechenlandrettungspaket gestrickt... Er gilt auch als Merkel-Berater... Er ist so etwas wie der Schattenkanzler.“
(16.05.2010)

Politiker haben in den vergangenen Monaten wiederholt an die „Moral“ der Banker appelliert. „Schattenkanzler“ Ackermann erläutert freimütig seine „Moralvorstellung“: „Die Gesellschaft, so der Chef der Deutschen Bank, werde möglicherweise akzeptieren müssen, dass der Staat in systemischen Banken Krisen der Aktionär der letzten Instanz bleibt. ‚Wenn’s gut läuft, hat dieser Aktionär allerdings nichts zu sagen, dann werden die Gewinne an die Investmentbanker verteilt und der Rest an die echten Aktionäre. Aber wenn’s schief läuft, soll wieder der Staat zahlen.‘“ (5)

Unterm Strich sieht das „ausgewogene“ Programm der Regierung so aus: Die Zeche der Krise hat der Steuerzahler zu bezahlen! Der Schweizer Soziologe und Politiker, Vizepräsident des

Beratenden Ausschuss des UN-Menschenrechtsrates Jean Ziegler bringt es auf den Punkt: „Die Finanzoligarchen haben es fertiggebracht, einen rechtsfreien Raum für sich zu schaffen und ihren Willen den Regierungen aufzuzwingen.“ (Neues Deutschland, 26.4.2010)

Die weitere Kommerzialisierung des Gesundheitswesens

Nach der ersten Rate der Zeche kommt auf die Bürger dieses Landes die zweite zu.

Gesundheitsminister Rösler soll sie bis zur Sommerpause präsentieren. Die Kriterien, die er dabei beachten soll, nennen die Unternehmerverbände:

Die Chemie- und Pharma-Industrie besteht darauf, dass es „keine neuen Zwangsbarrieren für innovative Arzneimittel zum lukrativen deutschen Markt geben wird.“ Die Krankenkassen sollen jedes neue Medikament, das auf den Markt kommt, übernehmen. ⁽⁶⁾ Andreas Barner, Vorsitzender des gemeinsamen Ausschusses des BDI und der BDA befindet, das umlagefinanzierte Gesundheitssystem müsse „fit gemacht werden für die großen Herausforderungen der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts. Eine nachhaltige Finanzierung muss her, die Lohn- und Gesundheitskosten entkoppelt.“ ⁽⁷⁾

Einen detaillierten „Richtlinienkatalog“ hatte die „Abteilung Planung, Koordinierung und Grundsatzfragen“ der BDA in einer Erklärung rechtzeitig vor den Koalitionsverhandlungen vorgelegt. Aus diesem aufschlussreichen Papier einige Kernsätze: „Kranken- und Pflegeversicherung können nur leistungsfähig bleiben, wenn Finanzierungs- und Leistungsseite durchgreifend und nachhaltig neu geordnet werden. Die Finanzierung dieser Sozialversicherungszweige muss vom Arbeitsverhältnis

⁶ Unsere Zeit, 23. Oktober 2009

⁷ Junge Welt, 27. November 2009

abgekoppelt werden. Dazu muss der Arbeitgeberanteil in den Bruttolohn ausgezahlt und die Finanzierung umgebaut werden: weg von lohnorientierten Beiträgen, hin zu einer einkommenunabhängigen Gesundheitsprämie... Zudem ist die Ausgabenentwicklung zu begrenzen: durch den Ausbau von Wettbewerbselementen, eine verstärkte Eigenverantwortung der Versicherten, die Konzentration auf Kernleistungen und den Aufbau einer ergänzenden kapitalgedeckten Risikovorsorge.“ (8)

Die Koalition, besonders ihr Gesundheitsminister, zeigte sich dienstbeflissen. Die endgültige Beseitigung des paritätisch finanzierten Gesundheitssystems ist auf die Tagesordnung gesetzt.

Gefragt sind Eigenverantwortung und -vorsorge, Reduzierung der Grundversorgung durch Ausgliederung von Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung, Erweiterung des Geschäftsfeldes für die private Versicherungswirtschaft werden groß geschrieben.

FDP-Wirtschaftsminister Brüderle hatte unmissverständlich zu verstehen gegeben: „Das Leitbild dieser neuen Regierung ist ein zutiefst bürgerliches. Mehr Eigenverantwortung, privat geht vor Staat.“ (9)

Rösler nennt die Forderungen der Unternehmer- und Fachverbände „Einleitung eines Systemwechsels“. Der wievielte „Systemwechsel“, die wievielte „Gesundheitsreform“ im kapitalistischen System der BRD der vergangenen Jahrzehnte – das hat wohl noch niemand nachgezählt.

Es sei nur daran erinnert, was die „Agenda 2010“ für „Reformergebnisse“ gebracht hat, nämlich: Streichung von Sterbegeld, Streichung der Zahlungen der gesetzlichen Krankenkassen für Brillen, Streichung auch der Fahrten zur ambulanten Behandlung,

8 Unsere Zeit, 18. Dezember 2009

9 Der Spiegel, 51/2009

Einführung der Praxisgebühr, Zahlung von Tagegeld für Krankenhausaufenthalt, Streichung der Zuzahlung für Zahnersatz, Erhöhung des Eigenanteils für Arznei- und Heilmittel.

Nun fehlen 2010, wie jetzt verlautete, den Kassen 11 Milliarden Euro.

Rösler setzte sich unermüdlich für eine einkommensunabhängige gleiche Kopfpauschale für Millionäre wie für Niedriglohnverdienende.

Der erst unlängst eingeführte Gesundheitsfonds soll aufgegeben und durch einen Einheitsbeitrag bei den gesetzlichen Krankenkassen ersetzt werden. Der Gesundheitsminister ist mit dieser Idee, die auch innerhalb der Koalition auf Widerstand stieß, gescheitert. Nun soll er einen Lösungsvorschlag vorlegen. Es ist davon auszugehen, dass am Ende Beitragserhöhungen und Zusatzbeiträge für die Versicherten stehen werden, um Kostensteigerungen im Gesundheitswesen aufzufangen.

Professor Gerd Gläske von der Universität Bremen nennt Gründe für diese Kostensteigerungen: „Es gibt viele teure Mittel auf dem Markt ohne Zusatznutzen. Zum zweiten hat die Pharmaindustrie immer gute Lobbyisten und sehr gute Kontakte in die Politik gehabt...Viele Arzneimittel kosten im Vergleich zum Ausland zu viel. Neue Arzneimittel imponieren hier mit einem besonders hohen Preis.“⁽¹⁰⁾

Der künftige Chef des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen Windeler hält vier Fünftel der auf dem Markt angebotenen Medikamente für überflüssig.

Bezeichnend ist auch, dass es in der BRD für Abnehmer neuer, zumeist teurerer Medikamente der Pharmaindustrie durch die Krankenkassen, im Unterschied zu anderen EU-Ländern, keine Preisregulierung für Pharmaerzeugnisse gibt.

Die BARMER GEK macht darauf aufmerksam, dass „ im Bereich der patentgeschützten Originalpräparate, die rund 60 Prozent der Arzneiausgaben ausmachen, aber nur 25 Prozent

¹⁰ Berliner Zeitung, 11. März 2010

Marktanteil haben, die Hersteller auch weiterhin die Preise völlig frei festlegen dürfen. Erst danach sollen Kassen und Hersteller Preise nachverhandeln. Das soll bis zu einem Jahr lang dauern dürfen. Sei danach immer noch keine Einigung erzielt, solle eine Kosten-Nutzen-Bewertung folgen..." (BARMER GEK, Gesundheit konkret, 2/2010)

Rösler will mit weiteren Belastungen der Versicherten seinen Beitrag für eine „Krisenbewältigung“ leisten, um das Gesundheitssystem „fit“ zu machen für den lukrativen deutschen (Pharma-) Markt.

Durchforsten der öffentlichen Haushalte

Eine weitere Rate der Zeche dürfte aus der Finanznot der Länder, vor allem der Kommunen abgeleitet werden. Die Unternehmerverbände hatten seit Monaten eine „Durchforstung der öffentlichen Haushalte“ gefordert.

Der Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaft (IW), Prof. Wilfried Fuest, meint, man müsse endlich ernst machen „mit der Durchforstung der öffentlichen Ausgaben. Dann bleibe auch „Spielraum für Reparaturen am Steuersystem“, das heißt für weitere Steuergeschenke an das Kapital. Und der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Driftmann, fügt hinzu: „Notwendige Voraussetzung für alle Reformen ist eine eiserne Haushaltsdisziplin. Auch liebgewordene Staatsausgaben müssen daher im Zweifel jetzt in Frage gestellt werden.“⁽¹¹⁾

2009 betrug das Defizit im Staatshaushalt 80 Milliarden Euro. Das des Bundes nahezu 40 Milliarden, das der Länder 20 Milliarden und das der Kommunen 7,5 Milliarden Euro. Die Schul-

¹¹ Berliner Zeitung, 28. September 2009

den der öffentlichen Haushalte sind auf ein Rekordhoch gestiegen.

Auf welche Abstriche und neuen Belastungen der Bürger gefasst sein muss, auf welche „lieb gewordenen Staatsausgaben“ er in Zukunft verzichten soll, bleibt vorerst Verschlussache.

Kurz vor den Bundestagswahlen im September 2009 hatte der damalige Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg durchblicken lassen: „Wir werden sparen müssen. Wir werden auf das eine oder andere Liebgewonnene verzichten müssen.“⁽¹²⁾ Im Januar 2010 ergänzte Schäuble, die Koalition müsse „die Bürger auf Kürzungen vorbereiten.“⁽¹³⁾ Dinge, die selbstverständlich geworden sind.“ müssten auf den „Prüfstand“ gestellt werden.⁽¹⁴⁾

Die Steuerausfälle werden bis 2012 etwa 316 Milliarden Euro betragen. Die Wirtschaft kann von einem deutlichen Aufschwung nur träumen. Hohe Wachstumsraten sind pure Illusion. Ein Prozent weniger Bruttoinlandsprodukt (BIP) bedeutet sechs Milliarden Euro Steuerausfälle im Jahr. 2009 ist das BIP übrigens um fünf Prozent geschrumpft.

Schon gegenwärtig verzeichnen die staatlichen Haushalte ein durch die Krise verursachtes Finanzloch von 96,9 Milliarden Euro.

Die Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sinken. Bei den Kommunen sind 2009 die Gewerbesteuererinnahmen um 17,4 Prozent zurückgegangen. Diese Steuer macht immerhin mit 40 Prozent den Hauptanteil der kommunalen Einnahmen aus.

Auch der Einkommensteueranteil fiel um zwei Milliarden Euro geringer aus. (isw-Wirtschaftsinfo 43, S. 28) Zugleich steigen mit der Krise die Sozialausgaben der Kommunen.

12 Berliner Zeitung, 22. September 2009

13 Neues Deutschland, 11. Januar 2010

14 Neues Deutschland, 23./24. Januar 2010

Nachdrücklich warnen Kommunen vor einem Finanzkollaps. Die Kassenkredite der Kommunen nehmen dramatisch zu. Im laufenden Jahr werden die Kommunen ein Defizit von 15 Milliarden Euro verzeichnen müssen. Unbeeindruckt davon droht Schäuble mit der Finanzkeule: Bekanntlich hat die Bundesregierung eine sogenannte Schuldenbremse in das Grundgesetz eingefügt. Danach soll ab 2016 die Verschuldung des Bundes nur noch 0,35 Prozent betragen. Bereits ab 2011 aber wird mit einer „Konsolidierung“ begonnen. Danach werden Jahr für Jahr 10 Milliarden Euro aus dem Haushalt herausgeschnitten.

Doch: „Will die Bundesrepublik bis 2020 ihre Staatsverschuldung wieder auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts senken (gegenwärtig etwa 80 Prozent, d. Verf.), so müsste die Wirtschaft jedes Jahr um durchschnittlich nominal 4,5 Prozent wachsen – das ist nicht zu schaffen,“ schreibt die „Berliner Zeitung“. ⁽¹⁵⁾ „Der Spiegel“ meint, die Schulden „werden noch in hundert Jahren abbezahlt, mit einem Vielfachen der Ursprungssumme.“ ⁽¹⁶⁾

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will nun entsprechend der von ihr beschlossenen Schuldenbremse bis 2013 etwa 30 Milliarden Euro einsparen. Wohin das führen soll bringt der „Tagesspiegel“ auf einen kurzen Nenner: „Steuern runter, Abgaben hoch.“ ⁽¹⁷⁾

Mitunter hatten Politiker und Medien in den vergangenen Monaten Testballons steigen lassen, um die Bürger langsam „auf Kürzungen vorzubereiten“, um sie an den Gedanken zu gewöhnen, was an „Liebgewonnenem“ dem Rotstift zum Opfer fallen könnte.

Hier einige dieser Überlegungen von Politikern der Regierungskoalition:

¹⁵ Berliner Zeitung, 2. November 2009

¹⁶ Der Spiegel, 50/2009

¹⁷ Tagesspiegel, 23. Oktober 2009

- Anhebung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 auf 4,5 Prozent
- Drastische Kürzung kommunaler Investitionen
- Einsparungen bei der Kinderbetreuung, den Schulen, dem Öffentlichen Nahverkehr, Kultur- und Sporteinrichtungen
- Erhöhungen der Müll-, Abwasser und Postgebühren
- Weitere Privatisierung kommunalen Eigentums, vor allem kommunaler Krankenhäuser

Für Rentner sind weitere Nullrunden angesagt. Seit 2004 erlitten die Renten einen kaufkraftbedingten Wertverlust von über acht Prozent. Wiederholt wird von Politikern der Regierungskoalition „angedacht“, die noch von der Großen Koalition beschlossene Rentengarantie wieder aufzuheben. Auch von der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre ist mitunter die Rede. Durch die Abschaffung des Renten-Zuschusses für ALG-II-Empfänger dürfte eine ungedeckte Lücke in der Rentenkasse entstehen. Die daraus resultierenden Konsequenzen sind noch nicht zu überblicken.

Eisernes Sparen bleibt jedenfalls aktuell, was, wie Brüderle voraussagt. „natürlich noch Heulen und Zähneklappern“ mit sich bringen werde.

Vom Sparen ausgenommen ist im Prinzip die Bundeswehr. Der Etat des Bundeswehr-Ministeriums wurde kontinuierlich aufgestockt. Laut SIPRI-Jahresbericht 2010 ist er auf über 45,6 Milliarden Dollar angewachsen.

Minister zu Gutenberg hatte zwar von Sparmaßnahmen geredet. Er wurde zurückgepfiffen. Und selbst wenn der Personalbestand der Bundeswehr reduziert werden sollte (Deutschland braucht für „Landesverteidigung“ keine Mittel, es ist von NATO-Mitgliedern umgeben) reichte er immer noch aus, um weitere Kriege führen zu können, die der Wirtschaft den „Zugang zu Märkten und Ressourcen“ freihalten. „Im 21. Jahrhundert, wo die Konflikte fernab der Heimat toben, ist Mobilität die Voraussetzung für jede Intervention“, schrieb die „Frankfurt Allgemeine Zeitung“. (9.1.2010) Und dafür wird Sorge getragen.

Auch wenn das Projekt des Militär-Transporters A 400M immer kostspieliger wird. Der Transporter soll bei künftigen Kampfeinsätzen in aller Welt eingesetzt werden. 60 Maschinen hat die Bundeswehr bestellt – für 7,7 Milliarden Euro! Sogenannte Konstruktionsprobleme und andere Mängel beim Bau des Transporters lassen die genannte Summe immer mehr ansteigen. Weitere 20 Milliarden Euro verschlingt das Eurofighter-Programm.

Außerdem bestreitet die BRD zu 16 Prozent den NATO-Haushalt.

Als Fass ohne Boden erweist sich auch der NATO-Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Offiziell sind für die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ bisher mehr als vier Milliarden Euro verpulvert worden. Real ist es doppelt so viel. Im laufenden Jahr werden die Ausgaben auf offiziell 830 Millionen Euro im Jahr steigen. Die BRD stockt die Truppenstärke der Bundeswehr von 4.500 auf 5.350 Mann auf. Weitere kostenaufwändige Auslandseinsätze der Bundeswehr, ob vor der Küste des Libanon oder Somalias, ob am Horn von Afrika oder in der Balkan-Region fordern ihren Tribut.

So zehrt die Bundeswehr die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen aus.

Weitere Polarisierung

Infolge der neoliberalen Politik der schwarz-gelben Koalition wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer.

Der Bundesfinanzminister hatte Ende Mai darauf orientiert, die sozialen Sicherungssysteme so auszurichten, dass sie „zur Aufnahme von Arbeit motiviert“. Die nun im Sparpaket beschlossenen Maßnahmen gegen Arbeitslose sollen offenbar dazu beitragen, die Betroffenen zu zwingen, eine noch so miserabel bezahlte Arbeit anzunehmen. Das Heer der Niedriglohnempfänger soll vergrößert werden. Es soll noch stärker als bisher die Löhne drücken helfen.

Das unternehmennahe „Institut der Deutschen Wirtschaft“ (IW) hatte als Marschrichtung für die Bundesregierung genannt: „Lohnverzicht sichert in Krisenzeiten ganz klar Arbeitsplätze.“ Das „Institut zur Zukunft der Arbeit“ (IZA) ergänzt: „Um Jobs zu retten, machen Lohnkürzungen Sinn.“⁽¹⁸⁾ Generell wird von den Unternehmerverbänden „eine weitere „Flexibilisierung des Tarifrechts“ erwartet.

Im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung wurde folglich festgeschrieben, dass es künftig erlaubt sein solle, Tariflöhne um 30 Prozent zu unterschreiten. Branchenmindestlöhne könnten in Frage gestellt und Beschäftigte beliebig oft befristet eingestellt werden.

Die Realität: Gegenwärtig arbeiten nur noch 62 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben – bis 1990 waren es noch 90 Prozent.

Eine DGB-Untersuchung besagt, dass seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 3,2 Millionen Menschen ihre Stelle verloren haben. Ein großer Teil von ihnen ist in Niedriglohn-Beschäftigungen übergeleitet worden. Mitte 2009 war bereits jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag befristet. Nur noch 60 Prozent der Erwerbstätigen hatten 2008 einen unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag mit mehr als 20 Stunden pro Woche.

„Die Zahl der befristeten Jobs im Land wächst dramatisch an“, schreibt „Der Spiegel“, um dann fortzufahren „Noch nie, seit die Behörde (Statistische Bundesamt, d. V.) 1991 begann, für Gesamtdeutschland Statistiken zu erstellen, gab es so viele Zeitverträge. Jeder Elfte hat bereits ein befristetes Arbeitsverhältnis...Weniger als zwei Drittel aller Erwerbstätigen in Deutschland haben noch einen Normaljob, der voll sozialversicherungspflichtig und unbefristet ist. Von 1996 bis 2008 sank ihre Zahl um sieben Prozent auf nur noch 22,9 Millionen. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse um 53 Prozent. Innerhalb von nur

18 Bild, 2. August 2009

fünf Jahren verdoppelte sich zudem die Zahl der Menschen, die mindestens zwei Jobs nachgehen, weil einer nicht mehr reicht, auf 1,8 Millionen.“ (Der Spiegel, 12/2010)

Die „soziale Sicherheit“ soll, wie Frau Merkel einforderte, „effizienter“ gemacht werden?

Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und befristete Jobs schaffen ein Klima der Verunsicherung. Sie dienen als Peitsche für die Durchsetzung der von den Unternehmerverbänden geforderten „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“. Um den Ausbeutungsgrad zu erhöhen und die Bereitschaft zu fördern, Lohnabbau widerstandslos zu schlucken.

Der US-Publizist Robert Samuelson bringt es auf einen kurzen Nenner: „Wenn keine Angst existiert, den Arbeitsplatz zu verlieren, gibt es keinen wirtschaftlichen Fortschritt.“ Oder es kann die deutsche Wirtschaft nach der Krise nicht gesunden – könnte man mit Worten von Frau Merkel sagen.

2009 sei, so teilte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung mit, bereits das sechste Jahr in Folge, in dem die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen mussten. ⁽¹⁹⁾ Kurzarbeit sowie Wegfall von Sonderzahlungen und Zulagen haben diesen Trend ausgeprägt. Der Preis der Ware Arbeitskraft sinkt beständig.

Nach Berechnungen der Wirtschaftsabteilung von verdi belaufen sich „die Umverteilungen zu Lasten der Beschäftigten in den letzten zehn Jahren auf 1.000 Milliarden Euro“! (isw Report Nr. 78. Die große Krise und die Lähmung der Gewerkschaften, S. 22) Eine gewaltige Summe. Mit dieser Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen wurde die gigantische Ausstattung und Ausdehnung sowie die Verselbständigung der Finanzmärkte ermöglicht.

Demgegenüber wuchs das private Geldvermögen im vergangenen Jahr auf die Rekordhöhe von 4,64 Billionen Euro! Um fast

¹⁹ Neues Deutschland, 21. Januar 2010

200 Milliarden Euro allein im Krisenjahr 2009! (isw-Wirtschaftsinfo, a. a. O., S. 30) 10 Prozent gehören 63 Prozent des Vermögens. 27 Prozent der Bürger gehören zu den Vermögensarmen.

Die Bundeskanzlerin aber möchte angesichts dieser Polarisierung dem Volk einreden „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“!

Das Geldvermögen konzentriert sich in den Händen von relativ wenigen Superreichen. „Dieser Geldadel verfügt über die nötigen Finanzinstrumente und -hebel, wie Hedgefonds, Private Equity Fonds, Immobilienfonds, Aktien-Leerkäufe, um die entsprechenden Spekulationsräder zu drehen und die Verwertung seines Geldkapitals zu optimieren.“ (isw-Wirtschaftsinfo, a. a. O., S. 31)

Politik- und Staatsverdrossenheit

Die Bundeskanzlerin hatte in ihrer Neujahrsansprache ausgeführt: „Wir können mit guten Gründen hoffen, dass Deutschland diese Krise meistern wird; dass unser Land stärker aus ihr hervorgehen wird, als es in sie hineingegangen ist; dass sich eine solche Krise nie wiederholt.“⁽²⁰⁾

Frau Merkel, die sich als Hoffnungsträgerin gab, konnte davon ausgehen, dass ihr der Dank des Kapitals gewiss ist. Die Umverteilung von unten nach oben erreicht mit den festgelegten und noch zu erwartenden Sparmaßnahmen eine neue Stufe. Die Profiteure werden nicht nur verschont, sondern erzielen hohe Gewinne. Die Krisenlasten werden auf Beschäftigte, Rentner und Jugendliche abgewälzt.

Die brutalen Sparmaßnahmen gerieren zu einer Agenda 2020.

Die Hoffnung von Frau Merkel, dass sich diese Krise „nie wiederholt“, dürfte allerdings auf Sand gebaut sein.

²⁰ www.stern.de, Politik

„Vieles spricht dafür, dass die Welt durch die Finanzkrise zwar ärmer, aber nicht klüger geworden ist...Der Krankheitserreger steckt weiter im System“, merkt selbst „Der Spiegel“ an. ⁽²¹⁾ Um an anderer Stelle hinzuzufügen: „Die staatlichen Hilfgelder wirken wie Antibiotika. Sie unterdrücken die zerstörerische Wirkung des Erregers. Aber sie heilen nicht.“ ⁽²²⁾

Nun ist kaum anzunehmen, dass sich das Nachrichtenmagazin bei diesen Feststellungen auf die Marx'sche Lehre stützte. Deshalb sei an Marxens Darlegungen der Krisenursachen erinnert: „Der letzte Grund aller wirklichen Krise bleibt immer die Armut und Konsumbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenzen bildet.“ ⁽²³⁾

Weltweit ist der Anteil der Arbeitseinkommen an der gesellschaftlichen Gesamtproduktion in den kapitalistischen Ländern zurückgegangen. In der BRD sind, wie bereits angemerkt, seit langem die Reallöhne rückläufig, während die Produktivität beträchtlich zugenommen hat. „In vielen Bereichen gibt es Überkapazitäten und eine Übersättigung der Märkte.“ ⁽²⁴⁾ Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz schafft neue Überkapazitäten Die Binnennachfrage aber wurde im Ergebnis neoliberaler Politik systematisch beschränkt, und sie wird infolge des radikalen Sparkurses der Bundesregierung weiter schrumpfen.

Und während die Bundeskanzlerin davon träumt, dass sich mit ihrer Politik „eine solche Krise nie mehr wiederholt“, sind die Hedgefonds wieder voll in Aktion: „Hedgefonds stehen bei Anlegern wieder hoch im Kurs“, berichtete das „Handelsblatt“. ^(49²⁵) An den Börsen boomt es. An den Spieltischen im Casino

21 Der Spiegel, 31/2009

22 Der Spiegel, 38/2009

23 Karl Marx/Friedrich Engels Werke (MEW),Bd. 25, S. 501

24 Die Große Krise und die Lähmung der Gewerkschaften, isw Report Nr. 78, S.6

25 Handelsblatt, 26. November 2009

herrscht emsiges Treiben. Dank der Staatsgarantien für den Finanzsektor und des billigen Geldes der Notenbanken war es für sie nie einfacher, viel Geld zu verdienen.“ (26)

In der Bevölkerung wachsen indes Frust und Wut. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für Gewalt- und Konfliktforschung der Universität Bielefeld stellt fest: „Die Wut ist außerordentlich groß – in allen gesellschaftlichen Schichten...Wir haben es mit einer wutgetränkten Apathie in der Bevölkerung zu tun.“ (Der Spiegel, 14/2010)

Eine Bertelsmann-Umfrage 2009 kam zu dem Ergebnis: „Das Vertrauen fehlt in der Breite – gegenüber Banken und Finanzdienstleistern, gegenüber Unternehmen und Managern, den Politikern und dem politischen System insgesamt.“ (27) Das Vertrauen in die Demokratie „ ist nicht bloß gefährdet, es ist in Teilen der Bevölkerung bereits zerstört“, ist in der „Leipziger Internet Zeitung“ nachzulesen. (28)

Das sogenannte Europabarometer der EU registriert, dass die Unzufriedenheit in Deutschland deutlich zugenommen hat. Waren es 1979 nur 20 Prozent der Befragten, die unzufrieden mit der Politik waren, so 2006 rund 45 Prozent. 75,1 Prozent der vom Meinungsforschungsinstitut GfK Befragten beantworteten die Frage, ob es in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht zugehe, mit Nein.

Aufschlussreich sind die Ergebnisse auch bei der Beurteilung der aus der Agenda 2010 resultieren sogenannten Reformen. 58 Prozent lehnen die Hartz-IV-Gesetzgebung ab. 78 Prozent sind gegen die Rente mit 67. Mehr als 90 Prozent erwarten eine Zunahme von Armut und sozialem Abstieg.

Eine Mehrheit spricht sich gegen den Bundeswehreinsatz im Afghanistan-Krieg aus.

26 Der Spiegel, 31/2009

27 Unsere Zeit, 12. März 2010

28 Leipziger Internet Zeitung, 1. Februar 2010

„Viele Menschen haben den Eindruck, dass die Politiker die Interessen der Großen bedienen und bei den Kleinen zulangem...Die Reformen haben zwar gegriffen, aber überwiegend in die Taschen der ‚kleinen Leute‘“. (29)

Größte Partei ist längst die der Nichtwähler geworden.

Man darf davon ausgehen, dass sich die genannten Umfrageergebnisse angesichts neoliberaler, demokratiefeindlicher Akte der regierenden Parteien in der jüngsten Zeit weiter negativ verändert haben. Zu solchen Akten zählen die Praktiken purer Klientelpolitik, die durch Millionenspenden des Kapitals honoriert werden. Oder: Die Sponsoring-Affäre der CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich. Eine Affäre, die die Meinung festigte, dass Politik und Politiker käuflich sind. Oder: Die Reisepolitik von Vizekanzler Westerwelle, eine Vermengung von Amt und Privatinteressen.

Bei der dargestellten Stimmungslage in der Bevölkerung sind die Reaktionen auf die zu erwartenden schmerzhaften Krisenfolgen noch gar nicht einzuschätzen.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist zur Politik-, ja, zur Systemkrise ausgewachsen. Maßnahmen von Union und FDP zum weiteren Abbau des Sozialstaates vertiefen die Spaltung der Gesellschaft. Die sozialen Spannungen in der Gesellschaft wachsen. Der soziale Friede ist bedroht.

Frust und Wut beginnen sich in Teilen der Bevölkerung in Widerstand umzusetzen – in Betrieben, in Unis, auf der Straße.

Der Ruf „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ wird vernehmbarer. „Die Krise hat einen Namen: Kapitalismus!“ ist immer öfter auf Transparenten zu lesen. Mehr und mehr wird das ungerechte System, das den Reichtum bei den Kapital- und Bankbesitzern konzentriert und anhäuft, erkannt und angeprangert. Reformen, die den Bedürfnissen der Menschen entsprechen, werden verlangt.

29 www.nachdenkseiten.de, Die Gefahr für unsere Demokratie, 5. Februar 2010

Hier einige dieser Forderungen:

- Kein Sparprogramm auf Kosten der Allgemeinheit – die Verursacher der Krise müssen zahlen
- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten
- Zurückdrängung von Markt und Wettbewerb durch Ausbau des öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektors
- Erhebung einer Millionärssteuer
- Nachhaltige Besteuerung großer Vermögen
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- Erhöhung der Steuer für große Erbschaften
- Regulierung und gesellschaftliche Kontrolle der Banken
- Lohndumping beenden. Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- Weg mit der Rente mit 67.

Allein die Wiedereinführung des bei Bundeskanzler Kohl gültigen Steuersystems – darunter die Vermögenssteuer – würde 100 Milliarden Euro in die Kassen fließen lassen.

Ein politischer Richtungswechsel ist erforderlich. Ein für soziale Gerechtigkeit wirkendes breites gesellschaftliches Bündnis aller Opfer der kapitalistischen Krise ein Bündnis, das für soziale Gerechtigkeit eintritt, wird zum dringenden Gebot!